

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

*Liebe Leserinnen und Leser,*

eine ereignisreiche Woche liegt hinter mir und viele politische Themen standen auf meiner Agenda. Auf einige Themen werde ich nun näher eingehen.



### *Mietpreisbremse*

Die Koalitionsfraktionen in Berlin haben sich bei der Mietpreisbremse geeinigt. Der Gesetzentwurf kann nun vom Kabinett beschlossen und im Bundestag beraten werden. Das Inkrafttreten ist wie geplant 2015 möglich. Damit können die Länder in angespannten Wohnungsmärkten Mietsteigerungen bei Wiedervermietung begrenzen.

„Nicht nur für Großstädte und Ballungsräume ist die Mietpreisbremse wichtig, sondern auch für unsere kleineren Städte, wie Coesfeld, Dülmen, Lüdinghausen oder Billerbeck. Bisher gibt es bei neu abgeschlossenen Mietverträgen keine Grenze

nach oben, Mietsteigerungen von 30 oder 40 Prozent sind keine Seltenheit – ohne jede Verbesserung am Wohnwert.

Mit der Mietpreisbremse setzen wir einen für uns als SPD zentralen Punkt des Koalitionsvertrages um. Auch für jede Staffel eines Staffelmietvertrages gelte die Mietpreisbremse, anders als von der Union gefordert. Damit werden Staffelmieten als Umgehungsmöglichkeit der Mietpreisbremse ausgeschlossen. Auch eine Kopplung der Mietpreisbremse an die Existenz eines qualifizierten Mietspiegels habe die SPD verhindert. Damit wären viele Gemeinden, in denen es keinen qualifizierten Mietspiegel gibt, von vorneherein ausgeschlossen gewesen.

Mit dem Gesetzentwurf wird auch das Bestellerprinzip im Maklerrecht umgesetzt. In Zukunft sollen Vermieter die Kosten für Maklerdienstleistungen nicht mehr auf die Mieter abwälzen dürfen. Das ist wie sonst im Leben auch: Wer die Musik bestellt, bezahlt!

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

### ***Personal-und Betriebsrätekonferenz***

Unter dem Motto „Arbeit wertschätzen“ hat die SPD-Bundestagsfraktion am heutigen Mittwoch den traditionellen Dialog mit Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland fortgesetzt. In Berlin diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik mit rund 260 Betriebs- und Personalräten über Leiharbeit, den Missbrauch von Werkverträgen, die Tarifautonomie und die Wirkung des Mindestlohns.



Schlechte Arbeitsbedingungen beeinträchtigen das ganze Leben, umso wichtiger ist es über gute Arbeit zu sprechen und sie gemeinsam voranzubringen. Genau das sei Kern der diesjährigen Betriebsrätekonferenz gewesen, die am Mittwoch unter dem Motto „Arbeit wertschätzen“ in Berlin stattfand. Der Austausch mit den rund 260 Betriebsräten sei „sehr konstruktiv“ gewesen.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und der Vorsitzende der SPD Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, überzeugten am Anfang der Konferenz mit klaren Worten über das Ziel der SPD, guter Arbeit wieder ihren Stellenwert in der Gesellschaft zu geben und sie zukunftsfest zu machen.

Mit der Einführung des flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns hat die SPD an der Seite der Gewerkschaften einen historischen Durchbruch erreicht. Der Mindestlohn sorgt dafür, dass derjenige, der Vollzeit arbeitet, endlich von seiner Hände Arbeit leben kann. Auch das Rentenpaket mit der abschlagsfreien Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren und die Mütterrente trägt dazu bei, die Zukunft der Arbeit sozial und human zu gestalten.

Insgesamt stärkt das Tarifautonomiestärkungsgesetz heute schon die Tarifvertragsparteien. Wir werden nicht aufhören uns mit aller Kraft für gute Arbeit einzusetzen. Als nächstes stehe die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen auf der Agenda der Großen Koalition. Damit soll der Zweiklassengesellschaft in Betrieben ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Austausch der SPD-Fraktion mit Betriebs- und Personalräten hat eine lange Tradition. Die sozialdemokratischen Abgeordneten laden regelmäßig nach Berlin ein, um über aktuelle arbeitsmarktpolitische Herausforderungen zu sprechen.

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

### ***Kampf gegen Ebola***

Diese Woche debattierten wir im Plenum über Deutschlands Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie.



Wir müssen unsere Hilfe im Kampf gegen Ebola verstärken. In mehreren Ländern Westafrikas ist laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) die schwerste Ebola-Epidemie ausgebrochen. Das Ausmaß dieser Epidemie überfordert die Möglichkeiten der medizinischen Versorgung in den betroffenen Ländern.

Die Ressorts der Bundesregierung sind bereits seit Monaten im Kampf gegen die Krankheit Ebola aktiv. So sind aus Deutschland das Robert-Koch-Institut und das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin mit Diagnose-Einrichtungen und Personal schon seit dem Frühjahr vor Ort.

Die Bundesregierung hat seit Ausbruch der Krankheit Soforthilfe sowie Entwicklungsgelder in inzwischen zweistelliger Millionenhöhe zur Verfügung gestellt. Diese Gelder gehen an erfahrene Helferinnen und Helfer, wie die WHO oder "Ärzte ohne Grenzen", die direkt vor Ort die dringend notwendige Unterstützung leisten.

Ihnen allen gilt unser Dank und unser Respekt. Zugleich stehen wir vor der Herausforderung, sie bei ihrer schwierigen Mission geeignet und nachhaltig zu unterstützen. Angesichts der sich weiter verschlechternden Lage haben sich unsere Ressorts auf die nachfolgenden zusätzlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Bevölkerung in den von Ebola betroffenen Staaten Westafrikas verständigt:

- ✓ Aufbau einer Luftbrücke mit der Bundeswehr,
- ✓ Deutsche Rote Kreuz wird finanziell als auch logistisch dabei unterstützen, ein mobiles Krankenhaus mit mehr als 200 Betten sowie zwei Basis-Gesundheitsstationen in der Region aufzubauen und zu betreiben,
- ✓ Gewinnung weiteres notwendiges medizinisches Hilfspersonals, Bereitstellung medizinische Ausrüstung,



*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

- ✓ das Technisch Hilfswerk (THW) wird sich nach Bedarf an der logistischen Unterstützung der Hilfsmaßnahmen in Deutschland sowie in der Region beteiligen,
- ✓ verstärkte Beteiligung an der Ausbildung des medizinischen Personals.

Die dramatische Situation in Westafrika zeigt uns auch, wie wichtig es ist, unsere Bemühungen beim Aufbau staatlicher Strukturen und insbesondere auch beim Ausbau des Gesundheitswesens in den Partnerländern unserer Entwicklungszusammenarbeit und bei der Erforschung von Krankheiten wie Ebola zu verstärken.

### ***Freihandelsabkommen TTIP***

Viele Menschen verbinden mit den TTIP erhebliche Sorgen und Befürchtungen, dass bewährte Rechte und Standards in Europa etwa bei Arbeitnehmerrechten, dem Verbraucher, Umwelt- und Gesundheitsschutz, der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei Kultur, Tierschutz oder bei Lebensmitteln unterlaufen werden können.

Wir nehmen eure Sorgen und Ängste sehr ernst!



Eine große Diskussion gibt es auch bei dem Interventionsschutz und den damit verbundenen Staat-Schiedsverfahren. Ich sehe keine Notwendigkeit für die Einbeziehung von Regelungen zum Interventionsschutz und Investor-Staat-Schiedsverfahren, da EU-Investoren in den USA und US-Investoren in Deutschland hinreichenden Schutz vor nationalen Gerichten haben.

Wirtschaft und Handel müssen sich demokratischer Spielregeln unterwerfen. Das Forderungspapier von SPD und DGB muss umgesetzt werden.

- ✓ Keine Abstriche beim Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz,
- ✓ Keine Einbußen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge,

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

- ✓ Keine Aushebelung demokratischer Entscheidungen durch internationale Schiedsgerichte.

### ***Technisches Hilfswerk (THW) in Berlin***

In dieser Woche schaute das Technische Hilfswerk bei uns Abgeordneten in Berlin vorbei. Ich habe mich sehr gefreut den Münsterländer Geschäftsführer (THW) Josef Frieling getroffen und einen Einblick in die wichtige Arbeit des THW's bekommen zu haben.



Das Technische Hilfswerk (THW) ist die ehrenamtliche Einsatzorganisation des Bundes. Das Engagement der bundesweit rund 80.000 Freiwilligen, davon die Hälfte Einsatzkräfte, ist die Grundlage für die Arbeit des THW im Bevölkerungsschutz. Mit seinem Fachwissen und den vielfältigen Erfahrungen ist das THW

gefragter Unterstützer für Feuerwehr, Polizei, Hilfsorganisationen und andere.

Das THW wird zudem im Auftrag der Bundesregierung weltweit eingesetzt. Dazu gehören unter anderem technische und logistische Hilfeleistungen im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Europäischen Union sowie im Auftrag von UN-Organisationen.

In den kommenden Monaten werde ich die Standorte im Wahlkreis besuchen und mich über die Arbeit vor Ort informieren.

Nähere Infos zum THW unter:  
[http://www.thw.de/DE/THW/thw\\_node.html](http://www.thw.de/DE/THW/thw_node.html)

### ***Aktueller Termin***

Am Samstag den 27.9.2014 findet der ordentliche Landesparteitag der NRWSPD in Köln statt. Neben den Wahlen des Landesvorstands werden auch inhaltlich Themen wie TTIP, Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit, Fracking, Eine-Welt-Politik als Aufgabe für Kommunen und Land diskutiert werden. Es wird einen Stand der NRW-Landesgruppe geben – ich werde auch dort sein und freue mich auf gute Gespräche mit euch.

**Ihr**

